

VDFU e.V. | Schillstraße 9. | 10785 Berlin

Herrn Prof. Dr. Marcel Fratzscher

Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58

10117 Berlin



**VDFU**

Berlin, 27. April 2026

**Betreff: Offener Brief des VDFU e.V. zu Vorschlägen eines autofreien Sonntags im Kontext steigender Energiekosten**

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Fratzscher,

gerne möchten wir als Vertreter der deutschen Freizeitwirtschaft zu Ihren Äußerungen zu einem möglichen Sonntagsfahrverbot Stellung nehmen. Wir teilen Ihre Sorge um die Versorgungssicherheit. Gleichwohl sehen wir uns in der Pflicht, auf die gravierenden und in der öffentlichen Debatte kaum beachteten Folgen eines pauschalen Sonntagsfahrverbots hinzuweisen.

**Der Sonntag ist kein beliebiger Tag – er ist das wirtschaftliche Rückgrat unserer Branche**

Freizeitangebote werden strukturell am Sonntag nachgefragt. Berufstätige Familien und Ausflügler haben keine alternativen Zeitfenster. Die Nachfrage lässt sich nicht beliebig auf andere Wochentage verlagern. Ein Fahrverbot verschiebt daher keinen Umsatz, es vernichtet ihn.

Besonders hart trifft es saisonale Betriebe: Freizeitparks, Freibäder, Tier- und Wildparks, Ausflugs-gastronomie, Hochseilgärten, Campingplätze und Bergbahnen erwirtschaften ihren Jahresumsatz in oft weniger als sieben Monaten. Wetterabhängigkeit reduziert die wirklich umsatzstarken Tage ohnehin auf wenige Spitzen. Der Wegfall auch nur einzelner Sonntage kann die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Branche und somit Tausende von Arbeitsplätzen gefährden.

**Im ländlichen Raum ist das Auto kein Luxus, sondern einziger Garant für Mobilität**

Ihr Vorschlag setzt implizit voraus, dass öffentliche Verkehrsmittel eine reale Alternative darstellen. Das ist für Millionen Menschen in Deutschland nicht der Fall. Der Sonntagsbetrieb im ländlichen ÖPNV ist vielerorts ausgedünnt oder nicht vorhanden. Ein Sonntagsfahrverbot ohne flankierenden ÖPNV-Ausbau ist daher kein Steuerungsinstrument. Es ist ein Nutzungsverbot ohne Ausweichoption.

VDFU | Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen e.V. | Schillstraße 9 | 10785 Berlin (Tiergarten)

Telefon: +49 (30) 2336067-30 | Telefax: +49 (30) 2336067-57 | info@vdfu.org | www.freizeitparks.de

Geschäftsführer: Jürgen Gevers | Präsident: Friedhelm Freiherr von Landsberg-Velen

Vereinsregister: Amtsgericht Charlottenburg 22367 Nz | Ust-IDNr.: DE 134187202

Sie selbst haben die Entlastungsprämie der Bundesregierung zu Recht als sozial unausgewogen kritisiert. Wir legen bei Ihrem Vorschlag denselben Maßstab an: Ein Fahrverbot trifft einkommensschwächere Haushalte in peripheren Lagen überproportional. Menschen, die auf das Auto als einziges Verkehrsmittel angewiesen sind. Freizeit wird so wieder zum urbanen Privileg. Das widerspricht dem Verfassungsgebot gleichwertiger Lebensverhältnisse.

### **Die volkswirtschaftlichen Folgekosten übersteigen den Nutzen**

Die Freizeitwirtschaft beschäftigt direkt und indirekt mehrere hunderttausend Menschen, darunter überdurchschnittlich viele geringqualifizierte Arbeitnehmende. Ein Umsatzeinbruch durch Sonntagsfahrverbote setzt gerade diese vulnerable Gruppe einem unnötigen Existenzrisiko aus. Steuerausfälle, steigende Sozialtransfers und Insolvenzen in strukturschwachen Regionen könnten den energiepolitischen Nutzen der Maßnahme rasch aufwiegen oder gar übersteigen. Dies ist keine Schwarzmalerei, sondern eine Folgenabschätzung, die wir von einem Institut wie dem DIW erwarten würden, bevor ein solcher Vorschlag in die öffentliche Debatte getragen wird.

### **Symbolpolitik ersetzt keine zielgenaue Energiepolitik**

Freizeitfahrten am Sonntag machen nur einen kleinen Bruchteil des Gesamtkraftstoffverbrauchs aus – industrielle Logistik, Pendlerverkehr und Heizenergie sind weit bedeutendere Hebel. Ein Tempolimit auf Autobahnen, das auch Sie fordern, wirkt messbar und täglich, ohne einzelne Wirtschaftssektoren zu diskriminieren. Ein Sonntagsfahrverbot hat sicherlich eine hohe Sichtbarkeit. Aber Sichtbarkeit ist kein Maßstab für Wirksamkeit.

Die Freizeit- und Erlebniswirtschaft ist bereit, aktiv zur Energiewende beizutragen: durch Investitionen in erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität und ressourcenschonende Betriebsführung. Was wir brauchen, sind gezielte Instrumente, keine pauschalen Verbote. Vor allem aber braucht es das, was seit Jahrzehnten versäumt wurde: einen verlässlichen, attraktiven öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum. Gerade an Sonn- und Feiertagen.

Ein solcher Ausbau läge im Interesse aller. Er würde Menschen ohne Auto echte Mobilität und Teilhabe ermöglichen, den Freizeitstandort Deutschland stärken und tatsächlich zur Reduktion des Individualverkehrs beitragen – wirkungsvoller und sozial gerechter als jedes Fahrverbot.

Sehr geehrter Herr Professor Fratzscher, wir laden Sie herzlich ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen und unsere Betriebe und die Menschen dahinter kennenzulernen, bevor Maßnahmen vorgeschlagen werden, die über ihre Existenz entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Gevers  
Geschäftsführer VDFU e.V.